

Pressestimmen

ÜBERGRIFFE IN KÖLN

DIE WELT

„Kommunikation“ Bei Übergriffen von selbst ernannten Ordnungshütern wurden im Umfeld des Kölner Hauptbahnhofs Ausländer krankenhauserreif geprügelt. 'Wehret den Anfängen!', möchte man sagen. Die Anfänge dieser Entwicklung reichen aber weiter zurück: in die Räume unserer medialen Kommunikation. Es mehren sich die Anzeichen für eine sehr zurückhaltende Öffentlichkeitsarbeit der Polizei, was Kriminalität von Flüchtlingen angeht.

Die Welt, Berlin

Frankfurter Allgemeine

„Ergebnis“ Weder der Eindruck der Vertuschung noch das dreiste Verhalten der Täter sind allein auf Kölner Mist gewachsen. Das eine ist das Ergebnis einer Leisetreterei gegenüber Ausländern, die seit Jahrzehnten politisch und medial kultiviert wird, das andere die zügellose Reaktion darauf in einem Milieu, das staatliche Autorität ohnehin nicht anerkennt.

FAZ, Frankfurt

Kalenderblatt



DAS GESCHAH AM ...

13. Jänner

1946: Die im September in Stuttgart gegründete deutsche Christlich-Soziale Volkspartei ändert ihren Parteinamen in Christlich-DEMOKRATISCHE UNION (CDU).

2001: Ein Erdbeben der Stärke 7,6 erschüttert ganz Mittelamerika und fordert in El Salvador mindestens 900 Todesopfer.

2011: Österreichs erfolgreichster Olympia-Teilnehmer, der Nordische Kombinierer **Felix Gottwald**, gibt seinen Rücktritt bekannt.

LESERBRIEFE

Lesermeinungen finden Sie auf der Leserdialoageite (Seite 23) und im Internet auf: nachrichten.at/leserbriefe



„... werden wir hier mehr investieren!“

Karikatur: Haitzinger

Menschen

Franz Angerer

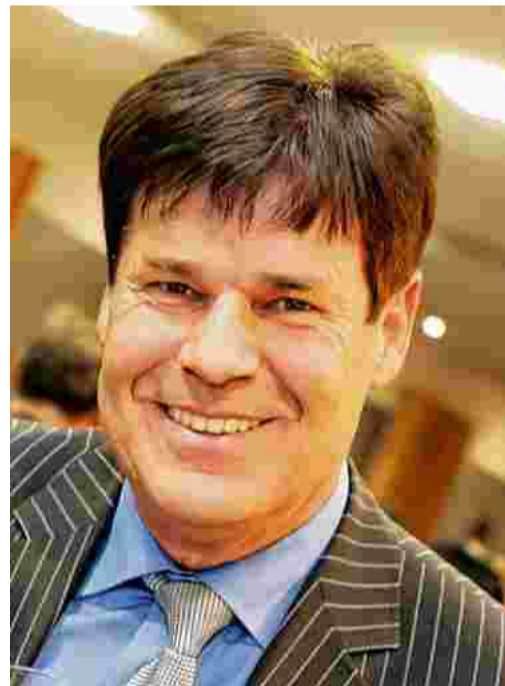
Stadtchef bittet, bettelt und schreit

Von Max Hofer

Ein Diplomat, der seine Worte immer bedacht wählt, ist Franz Angerer nicht. Geht dem VP-Bürgermeister von Schärzing etwas gegen den Strich, dann sagt er das – und wenn's sein muss, haut er auch auf den Tisch. Das ist auch jetzt in der Flüchtlingsproblematik, die sich in der Innviertler Bezirksstadt immer dramatischer zuspitzt, so. Angerer lieferte sich heftige Wortgefechte mit Polizeidirektor Andreas Pils. Freunde werden diese beiden nicht mehr.

Auch im Zuge der Spitalsreform übte der Ortschef heftige Kritik. Damals legte sich Angerer, der eigenen Angaben zufolge in 99,9 Prozent der Fälle der Meinung des Landeshauptmannes ist, heftig mit Josef Pühringer an, auch wenn es ihm letztlich wenig nützte. Und auch nach der Jahrhundert-Hochwasserkatastrophe machte der Schärzinger Stadtchef, der sich selbst als sehr emotionalen Menschen mit Elefantenhaut beschreibt, ordentlich Dampf. Dieses Mal mit Erfolg. Angerer rannte Türen ein, verschaffte sich etliche Hilfszusagen und einen Batzen Geld, und die Wunden, die die Flut gerissen hatte, heilten schneller als erwartet.

Jetzt, da in der 5000-Einwohner-Stadt täglich 200 Flüchtlinge ihrem Schicksal überlassen werden und insbesondere in der älteren Bevölkerung zunehmend Ängste aufkeimen, ist allerdings auch Angerer hilflos. „100 Prozent meiner Arbeit beansprucht das Asylproblem. Der jetzige Zustand ist untragbar. Die Situation ist außer Kontrolle, und man darf sich nicht wundern, wenn das letzte Vertrauen der Bürger verloren geht. Ich bitte, bettle



Momentan fällt Schärzings Bürgermeister Franz Angerer das Lächeln ziemlich schwer. Foto: Weibold

und schreie mit den Zuständigen im Ministerium und im Land“, so der Stadtchef. Die Busi-Bussi-Politik von Werner Faymann und Angela Merkel funktioniere nicht mehr, so Angerer. Es müsse Schluss sein mit dem ewigen „Sollte, Müsste, Könnte“. „Wir sind in einer Out-of-Control-Situation. Ich bin nur der kleine Bürgermeister von Schärzing, aber wer auch nur ein bisschen denken kann, sieht, wie hier Europa zerbricht.“

Leitartikel

Von Dietmar Mascher



Die Vermutung, dass wir Gfraster sind

Das Jahr 2016 hat wunderschön begonnen. Besonders für jene Menschen, deren sehnlichster Wunsch es immer war, mit jeder Buttersemmel und jedem Packerl Zigaretten eine Rechnung zu bekommen und diese mit sich durch die Gegend zu tragen.

Diese Bevölkerungsgruppe ist dem Vernehmen nach aber eine eher kleine Minderheit. Viele andere – Unternehmer wie Konsumenten – finden für die Einführung der Registrierkassenpflicht nur Worte, die in einer sachlichen Diskussion unüblich sind. So sehr polarisiert diese Neuerung, dass sie die Wohltaten der Steuerreform konterkarierten, ehe diese wirksam wurden.

Jetzt müssen wir also mit den Kassenbons leben. Wir müssen sie sogar aus dem Geschäft tragen und dürfen sie erst später entsorgen. Bravo, so sieht eine Welt der Müdigten aus.

Warum die Registrierkasse so viele Menschen zu Recht aufregt

Nun ist nicht alles schwarz oder weiß, wenn es um die Registrierkasse geht. In vielen Ländern ist dieses System schon lange

Usus, ohne dass großes Aufheben darüber gemacht wurde. Etliche Unternehmen haben es auch hierzulande anstandslos eingeführt. Und grundsätzlich ist gegen den Versuch, die Steuerehrlichkeit auf diesem Weg zu erhöhen, nicht nur Negatives zu sagen. Eine Gleichstellung mit jenen, die es sich bisher nicht richten konnten, ist legitim.

Es ist allerdings, um es ein wenig platt zu formulieren, die Gesamtsituation, die viele so verärgert. Erstens gilt bei diesem System die Schuldvermutung. Es wird grundsätzlich unterstellt, dass wir Steuerhinterzieher und Gfraster sind, es sei denn, wir beweisen per Bon das Gegenteil.

Zweitens sind viele Unternehmen davon genervt, dass sie mit so vielen Belastungen und Bürokratie zu kämpfen haben. Mit Nebenkosten, die in manchen Branchen wie der Gastronomie ein Überleben allein in jungfräulicher Steuerehrlichkeit kaum ermöglichen. Und weil jedes Jahr noch ein bisschen mehr Belastungen dazukamen, war die Registrierkasse der sprichwörtliche Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Das ergibt das Bild von über Gebühr belasteten kleinen Gewerbetreibenden, die sukzessive die Motivation verlieren und ans Aufgeben denken. Wer in so einer Situation Aufbruchstimmung und Gründergeist vermitteln will, hat irgendetwas nicht ganz verstanden. Und womöglich die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

d.mascher@nachrichten.at

Wirtschaft verstehen

Der Frankenschock – eine Lehrstunde liberalen Handelns

Vor fast genau einem Jahr hat die Schweizerische Nationalbank die Kursuntergrenze zum Euro aufgehoben. Danach kosteten Schweizer Produkte im Exportmarkt Europa auf einen Schlag 20 Prozent mehr. Keine Woche vergeht seitdem, ohne dass über Stellenabbau oder andere unerfreuliche Botschaften in den Medien berichtet wird.

Ökonomen prognostizierten damals der Schweiz eine tiefe Rezession. Für viele Unternehmen war 2015 dann auch geprägt von Preissenkungen, teilweise auch von Werkschließungen und Produktionsverlagerungen ins Ausland. Und das alles geschah in ei-

nem Jahr, in dem im Herbst das Parlament neu gewählt wurde.

Man stelle sich nun mal vor, was in Österreich passiert wäre, wenn das gleiche Szenario eingetreten wäre. Angenommen, Österreich hätte noch den Schilling als Währung, und der Schilling würde von einem Tag auf den nächsten um 20 Prozent aufgewertet – in einem Wahljahr! Was wäre dann wohl hierzulande los? Man würde sich überbieten in Forderungen nach massiven Konjunkturprogrammen und Ausweitungen von Förderungen. Der Ruf nach dem Staat



VON TEODORO COCCA

wäre instinktiv, selbstverständlich und sehr laut. Die Politik würde in einer solchen Notsituation zum Beweis ihrer Tatkraft innerhalb von Tagen ein Notbudget durch das Parlament peitschen und Milliarden neue Schulden machen – selbstverständlich als außergewöhnliche Ausgaben am regulären Staatshaushalt vorbei.

Nun ist es aber höchst lehrreich anzuschauen, was in der Schweiz als Reaktion auf den Frankenschock tatsächlich an milliarden-schweren Stützungsmaßnahmen ergriffen wurde. Kurz zusammen-

gefasst: im Wesentlichen gar keine. Die schweizerische Regierung hat im Einklang mit der Mehrheit des Parlaments folgende Position vertreten: Notwendig sind die Verbesserung der Rahmenbedingungen und die Entlastung der Unternehmen zur Stärkung des Standorts und Sicherung der Arbeitsplätze. Ein Konjunkturprogramm war und ist für die Regierung hingegen kein Thema. Bei den Wahlen im Herbst des vergangenen Jahres haben die Schweizer an der Urne diese Position der Regierung gestützt.

Wenn man verstehen will, warum ein Land eben fast keine Staatsverschuldung hat, wenn

man verstehen will, was eine liberale Wirtschaftspolitik ist, gäbe es wohl kein eindrücklicheres Beispiel als die Reaktion der Schweiz auf den Frankenschock. Für manch einen dürfte diese Nicht-Reaktion unverständlich, asozial und weltfremd wirken.

Zum Nachdenken sollte aber geben, dass es gerade eine solche Wirtschaftspolitik ist, welche der Schweiz eine sehr tiefe Arbeitslosenrate beschert und sie zu einem der wettbewerbsfähigsten Länder der Welt macht.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der Linzer Universität.